

Ostbeauftragter Schneider extreme Spannungen wegen der Energiekrise

Potsdam (dpa/bb) - Der Ostbeauftragte Carsten Schneider befürchtet «extreme gesellschaftliche Spannungen» wegen der Energiekrise. Die Bundesregierung werde alle Möglichkeiten nutzen, darunter Beihilfen, die Ausweitung des Energieangebots, die Reduktion des Verbrauchs, die Entkoppelung von Strom- und Gaspreis und das Abschöpfen besonders hoher Gewinne, sagte der SPD-Politiker am Donnerstag beim Unternehmertag in Potsdam. Es handele sich um die «größte Herausforderung

mindestens seit der deutschen Einheit, wenn nicht seit dem Zweiten Weltkrieg».

Auf die Frage nach weiteren Hilfen für Unternehmen sagte Schneider, es werde eine Ausweitung des Energiekompensationsprogramms in einer «ordentlichen Milliarden Größenordnung» sowie KfW-Kredite mit 100-prozentiger Haftungsfreistellung geben. Die Regierung werde versuchen, aktuelle Schocks abzufedern und Insolvenzen möglichst zu vermeiden. Klar sei aber: «Die Gaspreise, die

wir hatten, die wird es nie wieder geben.» Der Staat könne es sich auf Dauer nicht leisten, sehr hohe Gaspreise herunter zu subventionieren. Er sprach von einer Ausweitung des Energieangebots. Verhandlungen mit Russland über die Wiederaufnahme oder Ausweitung von Gaslieferungen schloss Schneider aber aus. Das Vertrauen sei gänzlich zerstört, sagte er.

Wörter: 166
Ort: Potsdam